

# Ausgrenzung auf kaltem Weg

## Kontroverse Staatsbürgerschaft in Assam

Mujibur Rehman

**Der Streit um die Staatsbürgerschaft in Assam hat das Potenzial, sich zu einer nationalen Kontroverse auszuwachsen. Die Verpflichtung für Muslime, sich beim nationalen Einwohnermelderegister (*National Registrar of Citizens*; NRC) zu registrieren sowie die damit einhergehenden Umstände, haben Zweifel an der Legalität und den Rechten von Muslimen in Indien aufkommen lassen.**

Im nordöstlichen Bundesstaat Assam hat die indische Zentralregierung ein nationales Einwohnermelderegister eingerichtet, in dem sich alle Bewohner/-innen Assams registrieren sollten, deren Familien nachweislich bereits vor 1971 in Assam gelebt haben. Das Datum markiert das Jahr, als Millionen Menschen vor dem Unabhängigkeitskrieg aus Bangladesch (damals Ostpakistan) nach Indien flohen. Rund 31 Millionen Menschen, die diese Bedingung nicht erfüllten, hatten sich für eine Aufnahme in die Liste beworben. Mehr als vier Millionen wurden jedoch abgelehnt und laufen Gefahr, staatenlos zu werden. Wer nicht auf der Liste steht, konnte bis Ende September Einspruch erheben. Die derzeitige Registrierung im NRC ist eine Folge der Anordnung des Obersten Gerichtshofs im Jahr 2013 als Reaktion auf Klagen, die eine Aktualisierung des NRC zum Inhalt hatten. Ein Melderegister wurde in Assam bereits zur Durchführung der Volkszählung von 1951 erstellt.

### Muslime gehören nicht zu Indien

Die Mehrheit der Einwohner/-innen Assams wird zwar von Hindus gebildet, mit rund 34 Prozent hat Assam – nach Jammu und Kaschmir – den zweithöchsten muslimischen Bevölkerungsanteil aller Bundesstaaten. In mehreren Distrikten stellen Muslime die Bevöl-

kerungsmehrheit. Seit langem gibt es Spannungen und Kampagnen gegen sogenannte „illegale Migrant(inn)en“. Die BJP fordert ihre Ausweisung.

Die Botschaft soll lauten: Muslime sind keine legitimen Bürger dieses Landes. Die Einheit des Landes unter dem Hindu-Banner ist eine Grundvoraussetzung für einen Hindu-Staat, unbeschadet diverser Sprachen und regionaler Vielfalt. Einige Führungspersonen der Hindu-Nationalisten fordern bereits ein solches nationales Einwohnermelderegister auch für andere Teile Indiens wie Westbengalen. Das Thema der Migrant(inn)en aus Bangladesch war eine politische Hauptbotschaft der BJP. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2014 hatte Narendra Modi während seiner Wahlkampagne kategorisch erklärt, dass er dafür sorgen werde, dass illegale Migrant(inn)en aus Bangladesch Indien verlassen müssten. Seit ihrem Amtsantritt will die Regierung Modi das indische Staatsangehörigkeitsgesetz ändern, wonach zukünftig nur noch migrierte Nicht-Muslime aus Pakistan oder Bangladesch für die Staatsbürgerschaft in Betracht gezogen werden.

In der Geschichte spielte die britische Kolonialmacht eine wesentliche Rolle bei der Migration nach Assam. Laut Hiren Gohain, einem prominenten Experten für Assam-Politik, kamen zum kolonialen Kontext die Teilung des in-

dischen Subkontinents sowie die Entwicklungen während des Bangladesch-Krieges 1971 hinzu. Als Reflex auf die Migration entstand die Assam-Bewegung, die 1979 hauptsächlich von Studenten geführt wurde, deren Hauptthema ebenfalls „Ausländer“ waren. Diese Bewegung dauerte sechs Jahre (1979-1985) und wurde von der *All Assam Student's Union* (AASU) und der *All Assam Gana Sangram Parishad* (AAGSP) angeführt.

Ärger und Verwirrung verursachte vor allem die lange Liste von Dokumenten, die zwecks Nachweis beizubringen waren. In einem Land, in dem Millionen ums tägliche Leben kämpfen, ist es naiv zu erwarten, dass die Menschen ihre Dokumente auf dem neuesten Stand halten. Aber was heißt hier illegal? Einwanderer, die aus Bangladesch kamen, sind Nachkommen von Menschen, die vor zwei oder drei Generationen in der waren.

*Aus dem Englischen übersetzt  
von Theodor Rathgeber*

### Zum Autor



Mujibur Rehman (PhD) ist Herausgeber des Readers *Rise of Saffron Power: Reflections on Indian Politics*, Routledge 2018. Er unterrichtet an der Jamia Millia Central

University in Neu-Delhi.